

# Übersichten

## Außenpolitik

\*(1)

### "La brouille entre Paris et Pékin pourrait se dissiper"

Mit dieser Überschrift kommentierte *Le Monde* (11. Januar 1994) das Wunder eines "neuen Anfangs in den chinesisch-französischen Beziehungen", die durch den Entschluß der französischen Regierung, Waffen an Taiwan zu liefern, eine Zeitlang aufs schwerste geschädigt schienen.

Im November 1992 hatte die Vorgängerregierung in Paris, die damals noch von der Sozialistischen Partei gestellt war, den Verkauf von 60 Mirage-2000-Kampfbombern an Taiwan gebilligt - und damit augenblicklich Proteste bei der VRCh - Regierung ausgelöst: Frankreich müsse alle negativen Folgen dieses Entschlusses tragen, hieß es. (XNA, 7.1.93)

Im März 1993 kam es in Frankreich zur Bildung einer neuen Regierung, die diesmal unter der Leitung der Konservativen unter der Führung von Edouard Balladur stand. Das konservative Lager, darunter auch der frühere Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und der frühere Premierminister Jacques Chirac drängten neben zahlreichen französischen Industriebetrieben auf eine Revision des Mirage-Beschlusses der Vorgängerregierung.

Auch der neue Außenminister Juppé brachte daraufhin in aller Öffentlichkeit zweimal seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die Beziehungen mit Beijing wieder renormalisiert würden.

Die Regierung der VRCh reagierte auf diese Signale positiv und empfing einen Sondergesandten des französischen Premierministers sowohl im Juli als auch im Dezember 1993. Dabei

ging es jeweils um die Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Am 12. Januar 1994 war es dann so weit: In einem gemeinsamen Kommuniqué hieß es, daß beide Seiten "ihre freundschaftlichen traditionellen Beziehungen und ihre Zusammenarbeit auf der Basis jener Prinzipien wieder herstellen sollten, auf denen auch ihre diplomatischen Beziehungen errichtet wurden." Die französische Seite anerkenne die Regierung der VR China nach wie vor als die einzige legale Regierung von China und Taiwan als einen integrierenden Teil des chinesischen Territoriums. Weiterhin heißt es: "Die chinesische Seite bestätigt erneut, daß Waffenverkäufe an Taiwan für die chinesische Souveränität, Sicherheit und Wiedervereinigung schädlich sind und daß die chinesische Regierung sich solchen Lieferungen daher widersetzt. Im Hinblick auf diese Sorgen der chinesischen Seite hat die französische Regierung beschlossen, kein französisches Unternehmen mehr die Genehmigung für die Teilnahme an der Bewaffnung Taiwans zu autorisieren. Die chinesische und die französische Regierung wünschen, ihre politischen Konsultationen zu intensivieren, regelmäßige Besprechungen abzuhalten und zwischen beiden Seiten wirtschaftliche und Handelsbeziehungen zu entwickeln. Die chinesische Seite begrüßt die Teilnahme französischer Unternehmen am Wettbewerb auf dem chinesischen Markt unter den Bedingungen der Gleichheit. Beide Seiten sind sich darin einig, daß Herr Edouard Balladur, Ministerpräsident Frankreichs, in naher Zukunft die VR China besucht." (XNA, 13.1.94)

Aus chinesischer Sicht haben zahlreiche Faktoren diesen Schritt ermöglicht: (1) Frankreich habe durch die Unterbrechung der Geschäftsbeziehungen mit chinesischen Unternehmen Verluste von 6 Mrd. frs (rd. 1 Mrd. US\$) hinnehmen müssen. Wären die Beziehungen weiter unterbrochen geblieben, so hätten sich die Verluste

wohl bald auf 30 Mrd. frs belaufen. Der französischen Wirtschaft konnte dies nicht recht sein.

Ferner (2) entwickelt sich Ostasien mittlerweile zur wirtschaftlich interessantesten Region dieser Erde, wobei China mit seinem Wachstum mit an der Spitze stehe. Alle westlichen Staaten, einschließlich der USA, wendeten sich angesichts dieser Entwicklung, die in scharfem Kontrast zur Wirtschaftsstagnation des Westens steht, verstärkt den asiatischen Märkten zu. Innerhalb der EG sei vor allem die Bundesrepublik Deutschland mit gutem Beispiel vorangegangen und habe ihre Exporte von High-Tech-Produkten nach China in der ersten Hälfte des Jahres 1993 verdoppeln können, während gleichzeitig Frankreichs Technologieexporte zurückgefallen seien.

Des weiteren (3) seien Frankreich und China Ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates und außerdem Nuklearmächte, die schon aus diesem Grund auf eine engere Zusammenarbeit angewiesen seien.

Nicht vergessen werden könne in diesem Zusammenhang (4) auch, daß es beim chinesisch-amerikanischen Gipfeltreffen vom November 1993 in Seattle zu einer engeren Kooperation zwischen Beijing und Washington gekommen sei. Konnte sich Frankreich hier auf die Dauer ein Abseitsstehen leisten?

Nicht zuletzt aber (5) fällt das Jahr 1994 mit dem 30. Jahrestag der Aufnahme chinesisch-französischer diplomatischer Beziehungen zusammen, die seinerseits - i.J. 1964 - in aller Welt als Sensation und als ein äußerst mutiger Schritt de Gaulles empfunden worden waren. Sollte dieses damals geschaffene Kapital nun für alle Zeit verspielt werden? (XNA, 15.1.94)

Das chinesische Wohlwollen ist nicht zuletzt auch deshalb gegenüber Frankreich neu gewachsen, weil es gleichzeitig um die chinesisch-britischen Beziehungen in letzter Zeit äußerst schlecht bestellt ist. (Näheres dazu C.a., Dezember 1993, Ü 1 und Ü 2) So wie zu Beginn der 80er Jahre China anlässlich der U-Boot-Lieferungen niederländischer Firmen die Niederlande gegen Belgien ausgespielt hat, spielt es jetzt offensichtlich Frankreich gegen Großbritannien aus.

Das Kommuniké war auch zeitlich günstig plaziert; nur wenige Tage später, nämlich am 27.1., konnte nämlich der 30.Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Beijing gefeiert werden. Aus diesem Grund machte Außenminister Qian Qichen der französischen Republik vom 22. bis 24.Januar seine persönliche Aufwartung, und zwar im Anschluß an eine Afrika-Reise, die ihn vorher durch sechs Länder des Schwarzen Kontinents geführt hatte. Qian konnte sich bei diesem Besuch gar nicht genug damit tun, immer wieder die bilateralen "Gemeinsamkeiten" zu betonen. (XNA, 24.1.94)

Beijing kann mit seiner Frankreich-Politik inzwischen höchst zufrieden sein: Es hat erreicht, daß Frankreich keine Waffen an Taiwan mehr verkauft, es konnte auch erkennen, daß seine "Strafmaßnahmen" (in Form eines Wirtschaftsboykotts) in Paris Wirkung zeigten, und es konnte sich nicht zuletzt deshalb die Hände reiben, weil Paris "zu Kreuze gekrochen" war, indem es, in Form des Sondergesandten des französischen Premierministers Jacques Friedmann, die Schlüsselverhandlungen auf chinesischem Boden geführt und dort auch das Kommuniké mit unterzeichnet hatte. Überdies verzichtet Frankreich auf ein 3,8-Mrd.-US\$-Geschäft mit Taiwan - ein hoher Preis, der gleichzeitig auch als indirektes Kompliment an Beijing betrachtet werden kann.

Frankreich war nicht nur dadurch bestraft worden, daß es in der VRCh keine Aufträge mehr an Land ziehen konnte, sondern es hatte im Dezember 1992 sein Generalkonsulat in Guangzhou schließen müssen (XNA, 23.12.92) - also ausgerechnet in jener Region, wo das ohnehin mit 13% BSP-Wachstum (1992) brillierende China am stärksten boomt - nämlich in Südchina. Französische Firmen hatten in diesem Zusammenhang auch einen 1-Mrd.-U-Bahn-Auftrag verloren.

Am 29.Dezember 1992 hatte der Bürgermeister von Guangzhou, Li Ziliu, bekanntgegeben, daß wegen des französischen Waffenhandels mit Taiwan französische Firmen bei der Vergabe der U-Bahn-Arbeiten in Guangzhou nicht berücksichtigt würden (*Wan Wei Po*, 30.12.92).

Den Auftrag erhielten nun deutsche Firmen - ein weiterer meisterhafter Schachzug der Chinesen in ihrem *divi-*

*de et impera*-Spiel. Zu diesem Spiel gehörten auch die zahlreichen Kontrakte, die Bundeskanzler Kohl im November 1993 bei seinem Chinabesuch unterzeichnen konnte, und die sich auf rd. 3 Mrd.DM (sowie Absichtserklärungen über 3,3 Mrd.DM) beliefen. (Näheres C.a., November 1993, Ü 1 und Ü 18) Immer wieder hatten die Chinesen in diesem Zusammenhang die Versicherung Kohls hervorgehoben, daß Deutschland die Ausfuhr von Kriegsschiffen an Taiwan nicht genehmigt habe.

Die Dassault-Flugzeugwerke hätten in ihrer derzeitigen wirtschaftlichen Situation den Auftrag für Taiwan dringend gebraucht. Sie mußten jetzt aber verzichten. Keine einzige Mirage ist bisher an Taiwan ausgeliefert worden.

Die Augen Beijings richten sich jetzt auf die USA, die gleichfalls - noch unter der Bush-Regierung - 1992 den Verkauf von F-16-7 Jagdflugzeugen an Taiwan angekündigt hatten. Man glaubt in der VRCh sicher zu sein, daß die USA diesen Beschluß nicht lange durchhalten, nachdem nun auch Frankreich klein beigegeben hat.

Schon einmal, nämlich 1990, hatte Beijing durch scharfe Reaktionen einen bereits ausgehandelten Liefervertrag über sechs Fregatten der Lafayette-Klasse an Taiwan verhindert; doch war dieser Vertrag Mitte 1991 von Paris dann doch gebilligt worden. (Dazu C.a., November 1992, Ü 42)

Nach der "völligen Normalisierung" hofft Frankreich vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet wieder dorthin zurückzukehren, wo es einmal war: So hatte die französische Industrie im September 1986 den Auftrag für den Bau des Kernkraftwerks in der Daya-Bucht (Provinz Guangdong) an Land ziehen können. Der entsprechende Vertrag war am 23.9.1986 unterzeichnet worden (XNA, 23.9.86) - das Werk wurde ausgerechnet gerade jetzt, im Januar 1994, fertiggestellt und offiziell eingeweiht.

Außerdem war es bereits am 21.Juni 1985 zwischen beiden Seiten zu einem Abkommen über die Zusammenarbeit in der Raumfahrttechnologie gekommen (XNA, 22.6.85). Ebenfalls 1985 war ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Verkehrswesen, d.h. vor allem beim Bau von Straßen und im Bereich der Inlandschifffahrt, unterzeichnet worden (XNA, 7.5.85).

Verträge wurden auch abgeschlossen über die Einfuhr von französischen Programmfolgesteuerungs-Telefonvermittlungsanlagen für 100.000 Anschlüsse, über die Lieferung von 150 Elektroloks und von mehreren Airbussen des Typs A-310-200. Ferner hatte die Autofabrik Guangzhou und Peugeot 1985 einen Vertrag über die gemeinsame Herstellung von Leicht-Lkws geschlossen.

Während sich die deutsch-chinesischen Beziehungen relativ gleichmäßig entwickelt haben, erlebten die französisch-chinesischen Außenwirtschaftsbeziehungen seit 1964 extreme Höhen und Tiefen. Ob sich hier nun in Zukunft mehr Gleichmäßigkeit einstellt? -we-

\*(2)

**NVK-Präsident Qiao Shi besucht Deutschland, die Schweiz und Österreich**

Zwischen dem 16. und dem 30. Januar 1984 kam Qiao Shi, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK, "auf Einladung der drei westeuropäischen Parlamente von Bonn, Bern und Wien" zu Besuchen nach Deutschland, in die Schweiz und nach Österreich. Es sei dies die "erste Visite", die ein NVK-Vorsitzender je in Westeuropa angetreten habe und werde deshalb von "großer Bedeutung" sein, hieß es in einer Ankündigung (XNA, 5.1.94). Zwischen China und den drei Ländern gebe es eine "lange Geschichte freundlicher Kontakte und traditioneller Freundschaft". (XNA, 30.1.94)

In der Öffentlichkeit aller drei Länder war der Besuch von einem gewissen Unbehagen begleitet, da der 1924 in der Provinz Zhejiang geborene Qiao jahrzehntelang Aufgaben erledigt hat, die nicht unbedingt nach dem Geschmack seiner Gastgeber waren - nicht zuletzt im Bereich der Außenpolitik und der Sicherheit. Lange Zeit hatte er der "Abteilung für internationale Beziehungen" (also praktisch dem "Außenministerium") des ZK angehört und war damit beauftragt gewesen, die Beziehungen zu sozialistischen "Bruderstaaten" zu pflegen, weshalb er auch häufig in Vietnam, im ehemaligen Jugoslawien, in Rumänien, Nordkorea, kaum aber in den "realsozialistischen" Ländern mit enger Sowjetbindung aufgetaucht war. 1984 avancierte er zum Direktor der ZK-Organisationsabteilung - und war

damit praktisch oberster Personalchef der Partei. 1987 übernahm er den Vorsitz bei der Disziplinarkommission des ZK und 1989 das Präsidium der Parteischule beim ZK. Angesichts dieser Disziplinierungs- und Ideologisierungsaufgaben rückte er auch in die Nähe der "Haupttäter" vom "4.Juni" 1989.

Bei aller ideologischen Strammheit, für die Qiao viele Jahre hindurch stand, hatte er aber doch Schlüsselerlebnisse im Zusammenhang mit dem Kollaps zahlreicher realsozialistischer Regime in Osteuropa. Qiao gehörte im Oktober 1988 zu den letzten Besuchern der bereits "gezeichneten" osteuropäischen Regime in Ungarn, der DDR und Polen, und er führte nicht zuletzt noch im November 1989 eine Parteidelegation nach Bulgarien und Rumänien, also nur wenige Tage vor der Exekution Ceausescus.

Was er bei diesen Visiten erlebte, muß ihn zu Nachdenklichkeit veranlaßt haben. Es ist wohl nicht übertrieben, Qiao Shi als einen "1989er" zu bezeichnen, der spätestens in diesem Umbruchsjahr zu der Überzeugung gekommen ist, daß es für China zu Reformen keine Alternative mehr gibt. Aus einem "Hardliner" ist spätestens damals ein überzeugter Anhänger Deng Xiaopings geworden.

Daß der NVK-Präsident, der so vielen realsozialistischen Staaten Osteuropas "letzte Besuche" abgestattet hatte, nun in Westeuropa mit "Erstbesuchen" begann, hat für seine persönliche Erfahrung wohl mehr Bedeutung als für die politischen Klassen der besuchten Länder.

Die erste Visite führte Qiao Shi nach Bonn (16.-23.Januar). (XNA, 24.1.94) Er sprach u.a. mit Bundeskanzler Kohl, mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Hans Stercken, sowie mit Bundestagspräsidentin Süssmuth, wurde in Berlin von Bürgermeister Diepgen empfangen und bei seinem späteren München-Besuch von der Bayrischen Staatsregierung. Unter anderem besuchte er auch BMW und Mercedes-Benz. (XNA, 17., 18., 20. und 21.1.94)

Hauptthema Qiaos war der bereits bei der Chinavisite Kohls im November 1993 wiederholt geäußerte chinesische Wunsch, daß beide Seiten ihre "Augen

auf das 21.Jahrhundert richten und ihre gegenseitigen Beziehungen unter diesem strategischen Gesichtspunkt behandeln" sollten. (XNA, 21.1.94) Man wünsche sich in China stabile langfristige Beziehungen zur Wirtschaftsmacht Deutschland. In seinen Gesprächen mit Außenminister Kinkel betonte Qiao, daß China stets "die Wiedervereinigung Deutschlands unterstützt hat" und deshalb hofft, daß sich nun umgekehrt Deutschland für die "Ein-China-Lösung" einsetze. (XNA, 21.1.94) Auch bat er um die Unterstützung Deutschlands bei der "Wiederherstellung der Mitgliedschaft Chinas im GATT".

China und Deutschland seien "große einflußreiche Nationen, die keine gegenseitigen Konflikte und gemeinsame Ansichten über internationale Fragen haben" (XNA, 24.1.94).

Zweite Station (23.1.-27.1.94) war die Schweiz, mit der die VRCh seit langem unkomplizierte Beziehungen unterhält, nachdem die Eidgenossenschaft Schweiz als einer der ersten westlichen Staaten überhaupt bereits 1950 (fast gleichzeitig mit Schweden, Dänemark und Finnland) Beziehungen zu Beijing aufgenommen hat.

Bereits seit April 1975 auch gibt es einen regelmäßigen Linienverkehr der Swissair nach Shanghai und Beijing. (C.a., November 1974, Ü 7)

Wie schon in Deutschland hatte Qiao Shi auch hier Gelegenheit, sowohl mit Politikern als auch mit Wirtschaftsvertretern Gespräche zu führen.

Chinas Bewunderung für die Schweiz hat nicht nur mit der Wirtschaft der Alpenrepublik, sondern auch mit der konsequenten Neutralitätspolitik und der Meisterschaft zu tun, mit der sich der kleine Staat immer wieder aus allen Konflikten seiner Nachbarn hat heraushalten können. (XNA, 23., 24. und 26.1.94) Mit der Schweiz hat es auch nie "Taiwan-Probleme" gegeben.

Qiao Shi besuchte Bern, Zürich und Genf - ohne dort allerdings mit dem GATT Kontakt aufzunehmen.

Zum Abschluß seiner Westeuropa-Reise kam Qiao nach Österreich, das mit der Volksrepublik zwar erst seit 1971 - also ein Jahr früher als die Bundesrepublik Deutschland - offizielle

Beziehungen aufgenommen hat, das aber offensichtlich mit zu den Lieblingsländern der Chinesen gehört und das auch immer wieder als eine Art "kulturelle Großmacht" gefeiert wird - als "Heimat der Musik" beispielsweise, wie Qiao bei einer seiner Reden betonte. (XNA, 31.1.94) Das Klima zwischen Beijing und Wien wurde nicht zuletzt auch durch zahlreiche persönliche Initiativen aufgelockert und bekräftigt, die vom Wiener Ludwig-Boltzmann-Institut für China- und Südostasienforschung - und hier wiederum besonders von Gerd Kaminski - ausgingen.

Im April 1993 hatte der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky die VR China besucht und dort u.a. ein Projekt der Firma Steyr in Jinan eröffnet. Dort sollen moderne Lkws vom Typ Steyr '91 produziert werden. Vranitzky hatte bei seinem Besuch auch österreichische Kredite im Werte von 1 Mrd.öS (rd. 150 Mio.DM) zugesagt, der für Energie- und Infrastrukturprojekte verwendet werden soll. Außerdem war ein Vertrag zwischen der Tianjiner Papierfabrik Nr.4 und der österreichischen JM Woith AG über den Import einer Produktionsstraße für Kunstpapier geschlossen worden.

Die Chinesen sparen gegenüber Österreich nicht mit Komplimenten. In einem Kommentar zur Wirtschaftslage im Jahre 1993 hieß es beispielsweise, daß, "während in Europa wirtschaftlicher Trübsinn herrscht, die Wirtschaft Österreichs trotz einiger Rezessions-symptome ... einen guten Eindruck macht". Die Schlüssel zu Österreichs Wirtschaft seien (1) eine stabile Währung, (2) eine gesunde soziale Umgebung (Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, kurze Streikzeiten, Kompromißfreudigkeit) und (3) eine hervorragende Berufsausbildung (BRu 1993, Nr.18, S.13 f.).

Ganz auf dieser Linie bewegten sich auch die Gespräche Qiao Shis während seines viertägigen Besuchs (27.-31.Januar) in Österreich (XNA, 27., 28., 29. und 31.1.94).

Nach seiner Rückkehr bezeichnete Qiao Shi den Besuch in den drei westeuropäischen Ländern als höchst "erfolgreich". Wie fast bei allen chinesischen Spitzenpolitikern scheint es ihm nicht so sehr auf konkrete Ergebnisse als vielmehr auf die Verbesserung der persönlichen Beziehungen angekommen zu sein.

Gleichwohl wurde aber auch zum Abschluß nochmals betont, daß es auch um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und den drei besuchten Ländern gut bestellt sei: So habe beispielsweise das chinesisch-deutsche Handelsvolumen zwischen Januar und November 1993 bei 8,34 Mrd.US\$, das chinesisch-schweizerische bei 1,08 Mrd. und das chinesisch-österreichische bei 364 Mio.US\$ gelegen - dies seien Zunahmen gegenüber der gleichen Periode im Vorjahr um 64,3% bzw. 91,6% bzw. 5,9% gewesen. Bis Ende Juni 1993 sei die Zahl der Betriebe, in die deutsche Firmen investiert haben, auf 386 (mit einem Gesamtvolumen von 1,3 Mrd.US\$) gestiegen. Schweizerische Firmen hätten in 88 Firmen (mit einer Höhe von 210 Mio.US\$) investiert. (XNA, 31.1.94)

Vor allem im Zusammenhang mit der Schweiz und Österreich sieht die VR China auch heute noch ihre alte These bestätigt, daß der Einfluß der blockfreien und neutralen Staaten Europas wachse. Diese These war erstmals im April 1984 verkündigt worden: Finnland, Schweden, Österreich, die Schweiz, Liechtenstein, Jugoslawien, St. Marino, Malta und Zypern - diese Neun spielten auf der politischen Bühne eine zunehmende Rolle, hieß es damals. Lediglich bei "Jugoslawien" mußte Beijing seine Ansicht etwas revidieren. -we-

\*(3)

#### **Rückversicherung bei den islamischen Ländern Asiens? Die Beziehungen Chinas zu Bangladesch**

Mitte Januar besuchte eine Delegation der KPCh unter der Leitung von Wen Jiabao auf einer Drei-Länder-Tour (neben Singapur und Indien) auch Bangladesch (XNA, 14.1.94). U.a. wurde die Delegation von Ministerpräsident Khaleda Zia empfangen, der "China als den verlässlichsten Freund Bangladeschs" bezeichnete (XNA, 16.1.94). Noch Ende Dezember 1993 war es zu ähnlichen Aussagen gekommen, als die pakistanische Ministerpräsidentin Benazir Bhutto die VR China besucht hatte. (Näheres dazu C.a., Dezember 1993, Ü 5)

Für China sind Pakistan und Bangladesch wichtige Partner bei der Sicherung eines Gleichgewichts gegenüber Indien im Regionalsystem Südasiens.

Darüber hinaus nehmen beide Länder neuerdings - nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion - eine zusätzliche Qualität an: Sie könnten nämlich in ihrer islamischen Eigenschaft wichtige Moderatordienste zugunsten Chinas in Zentralasien leisten: dort sind nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sechs neue islamische Staaten entstanden, mit denen China langfristig Schwierigkeiten bekommen könnte, wenn auftauchende Konflikte künftig nicht gleich in statu nascendi wieder heruntergekühlt werden. Hierbei könnten, wie gesagt, Bangladesch und Pakistan wichtige Vermittlerdienste leisten: Die Figur des "Vermittlers" spielt ja vor allem in Südasiens eine gesellschaftlich überragende Rolle.

In der Tat hat der pakistanische Außenminister am 7. Januar eine einwöchige Reise nach Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan angetreten. Bis dahin hatte Pakistan, wie Xinhua (XNA, 8.1.94) betont, bereits 38 Abkommen mit diesen Staaten geschlossen. Gleichzeitig ist es zwischen Pakistan und China zu einem Abkommen über die Ausdehnung ihrer "Seidenstraßenverbindungen" nach Kasachstan und Kirgisistan gekommen. Aufgabe des pakistanischen Außenministers sollte es u.a. sein, seinen Gesprächspartnern diese Idee näher zu bringen. Im übrigen sollte der Außenminister auch die chinesischen Ansichten zur Afghanistan-Frage zur Diskussion stellen - und damit den "goodwill" der VRCh verständlich machen. (XNA, 8.1.94) -we-

\*(4)

#### **Japans Außenminister Hata zu Besuch**

Am 9. Januar kam der neue japanische Vizeministerpräsident und Außenminister Tsutomu Hata zu einer Visite nach Beijing und konferierte dort mit Staatspräsident Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng und Außenminister Qian Qichen.

Es war dies der erste Besuch eines japanischen Spitzenpolitikers nach dem japanischen Machtwechsel im Juni 1993, in dessen Verlauf die seit 1955 regierende LDP hatte zurücktreten und einer Koalition unter Führung Hozokawas Platz machen müssen.

Am 18. Juni war das Repräsentantenhaus des japanischen Parlaments auf ein Mißtrauensvotum aus den Reihen

der Opposition hin aufgelöst worden. 255 Abgeordnete hatten für den Auflösungsantrag gestimmt, 220 waren dagegen. Tragisch für die LDP war die Tatsache, daß 35 ihrer eigenen Mitglieder, die vom ehemaligen Finanzminister Tsutomu Hata angeführt wurden, ebenfalls für den Auflösungsantrag stimmten. Dies war die erste völlig offen ausgetragene politische Krise innerhalb der LDP seit 1955. Die Hata-Fraktion der LDP konstituierte sich am 23. Juni 1993 zu einer eigenen gemäßigten rechten Partei, der Shinseitō (Neugeborenen Partei).

Eben dieser Hata ist also nun nach China gekommen. Er führte sich hier zunächst mit dem gewohnt "harmonischen" Gesprächston ein, wies darauf hin, daß sich die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern in einer ständigen Aufwärtsbewegung befänden und daß ihr Außenhandel i.J. 1993 immerhin 35 Mrd.US\$ betragen habe. Auch ging es höchst einvernehmlich um Themen wie Zölle, Dienstleistungen und Außenhandel, und nicht zuletzt versprach Japan, der VRCh bei der Aufnahme ins GATT behilflich zu sein. Einig war man sich auch im Hinblick auf eine mäßige Politik gegenüber Nordkorea und über die Verlängerung der japanischen Kredite für China: Beide Seiten träten nun in die "vierte Phase der japanischen Kreditgewährung" ein, hieß es. Gleichzeitig wurden neue Kreditverträge abgeschlossen. (XNA, 9. und 10.1.94)

Bei aller Freundlichkeit im Ton zeigte Hata aber dann am Ende doch Härte in zwei Punkten und wandte sich sowohl gegen die chinesische Praxis in der Menschenrechtsfrage sowie gegen die ständige Erhöhung der chinesischen Militärausgaben. Die neue japanische Regierung wolle hier nicht einfach den Kopf in den Sand stecken, sondern in Zukunft freiere Diskussionen und einen offeneren Meinungsaustausch führen (Kyodo in SWB, 10.1.94) - dies sei übrigens ein Symptom für den reifen Zustand, in dem sich die bilateralen Beziehungen inzwischen befänden.

Offensichtlich war die chinesische Seite über diesen neuen Ton nicht wenig erstaunt, da sie bisher ähnliche Vorhaltungen immer nur von amerikanischer Seite gewöhnt gewesen war. Kein Zufall auch, daß Beijing die Probleme überall sofort herunterzuspielen suchte. Jiang Zemin räumte ein, daß die

chinesischen Militärausgaben zwar zugenommen hätten, aber "nicht allzuviel". Hata dagegen wollte von einer Zunahme der Ausgaben i.J. 1993 um 15% erfahren haben. -we-

\*(5)

#### Die Beziehungen zu Vietnam: "Weitere Heilung der Wunden"

Vom 9.-15. November 1993 besuchte der vietnamesische Staatspräsident Le Duc Anh die VR China und leitete damit ein weiteres Gipfeltreffen zwischen den beiden Nachbarländern ein. Die Etappen der bisherigen Annäherung reichen bis zum Januar 1989 zurück, als der Erste Stellvertretende Außenminister Vietnams die VRCh "inoffiziell" besuchte und die Voraussetzungen für eine Renormalisierung schuf. Im September 1990 kamen dann der ehemalige Parteichef Nguyen Van Linh sowie der damalige Ministerpräsident Do Muoi nach China, und am 10. August 1991 wurde das "Kommuniqué zur Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen" unterzeichnet (Näheres zu diesen Vorgängen in SOAa, Januar 1993, S.41 f.; SOAa, September 1991, S.436).

Als eigentlicher Zeitpunkt des Normalisierungsdurchbruchs gilt heutzutage aber die Chinavisite des jetzigen ZK-Generalsekretärs Do Muoi und von Ministerpräsident Vo Van Kiet im November 1991. Seitdem wurden viele Abkommen zwischen beiden Seiten unterzeichnet. Ende November 1992 schließlich besuchte der chinesische Ministerpräsident Li Peng die SRV.

Die Visite Le Duc Anhs in Beijing im November 1993 zeigt erneut, daß die Beziehungen zwischen den beiden Seiten, die vor allem in den Jahren 1978 bis 1989 aufs äußerste angespannt waren, inzwischen fast wieder bei "normal" angelangt sind. Lediglich die zwei alten Zeitbomben (Spratly- und Hegemonie-Frage) ticken weiter und werden deshalb bei bilateralen Gipfelgesprächen zumeist auch sorgfältig ausgeklammert. Die Vietnamesen haben sich offensichtlich damit abgefunden, daß ihnen nur der uralte Weg zwischen "übertriebenem Kotau und übertriebenem Selbstbewußtsein" verbleibt und daß es permanent gilt, hier den richtigen Mittelweg zu finden.

Anh war der erste vietnamesische Staatspräsident seit 1955, der wieder nach China kam.

Beide Seiten betonten, daß trotz der Renormalisierung i.J. 1991 immer noch ein großes beiderseitiges Potential unausgeschöpft geblieben sei. Deshalb mußten (1) der bilaterale Handel sowie (2) der Grenzhandel zwischen beiden Ländern noch stärker gefördert sowie (3) noch mehr Handelshäfen geöffnet und (4) neue Formen der wirtschaftlichen und technologischen Kooperation gefunden werden. Gleichzeitig gelte es, den Schmuggel im gemeinsamen Grenzgebiet zu bekämpfen.

Vielversprechend sei die Einigung über Grundprinzipien zur Behandlung von Grenzfragen, die ein "Fundament für zukünftige Gespräche" lieferten. Überhaupt müßten beide Seiten künftig wesentlich mehr Konsultationen führen als bisher (XNA, 10.11.93).

Der Besuch des vietnamesischen Präsidenten zeigte erneut, daß Vietnam fest entschlossen ist, Ängste zurückzustellen, die "Zähne zusammenzubeißen" und das Beste aus den bilateralen Beziehungen herauszuholen. Mit Sorge verfolgt die vietnamesische Seite die chinesische Aufrüstung vor allem im Marinebereich, die freilich zum Teil auch dadurch bedingt sein mag, daß der langjährige Repräsentant der chinesischen Marine, Liu Huaqing, beim XIV. Parteitag ins Politbüro aufgerückt ist und dort an führender Stelle "seinem" Sektor besondere Gunst erweisen will, daß es ihm also um die Stärkung der VBA-Marine im allgemeinen und keineswegs nur um Überlegungen geht, die speziell mit Vietnam und dem Spratly-Archipel zu tun hätten.

Noch während der Visite Anhs wurde am 10. November der auf chinesischer Seite liegende Grenzflughafen von Jinshuihe eröffnet (XNA, 11.11.93) - eine offensichtlich demonstrative Geste der chinesischen Seite gegenüber Vietnam. Bereits das ganze Jahr über waren noch weitere Übergänge zwischen beiden Nachbarstaaten eröffnet worden, die vorher 14 Jahre lang geschlossen gewesen waren. Einer der wichtigsten Übergangspunkte ist hierbei die chinesische Stadt Dongxing, wo, wie es pathetisch heißt, die "22.000 km lange chinesische Grenze mit der 18.000 km langen vietnamesischen Küstengrenze aufeinandertrifft" (XNA, 21.10.93). Dongxing soll, wenn es nach chinesischen Vorstellungen geht, zu einem

"kleinen Hongkong" werden und zu einem "Symbol der chinesisch-vietnamesischen Freundschaft" (XNA, 21.10.93).

Weitere Fragen, wie die Rückführung vieler der rd. 200.000 vietnamesischen Flüchtlinge, die Anfang 1979 nach China geflohen sind, und die Spratly-Frage, müssen in besonderen Verhandlungen noch gelöst werden. -we-

\*(6)

#### China und Laos: Grenzabmachungen, Straßenprojekte

Vom 3. bis 7. Dezember 1993 besuchte der laotische Ministerpräsident Khamtai Siphandon die VR China und unterzeichnete dort eine Reihe von Verträgen und sonstigen Abmachungen, u.a. auch den Schlußvertrag über die chinesisch-laotische Grenze. Verhandlungen über die Grenzfragen hatten bereits 1991 begonnen und waren, soweit technische Fragen zu lösen waren, im August 1992 unter Dach und Fach gebracht worden (dazu SOAa, März 1993, S.120).

Der von Khamtai in Beijing unterschriebene Grenzvertrag bildete den feierlichen Abschluß des verhältnismäßig schnell durchgeführten Regelungsprozesses, der als solcher auch von Ministerpräsident Li Peng lobend hervorgehoben wurde (CNA, 4.12.93). Aus laotischer Sicht ist der Vertrag "eine Garantie dafür, daß die 500 km lange gemeinsame Grenze stets friedlich bleibt" (Radio Vientiane in SWB, 8.12.1993). Daneben wurde noch eine Reihe von Abmachungen über Grenzverbindungsstraßen geschlossen (XNA, 4. und 5.12.93).

Auch sonst scheint zwischen beiden Nachbarstaaten alles gut zu laufen: So sind beispielsweise zahlreiche laotische Flüchtlinge, die seit Ende der 70er Jahre nach Südchina geflohen waren, inzwischen repatriert worden (Radio Vientiane in SWB, 10.3.93). Einschlägige Abkommen waren von beiden Regierungen im April 1991 unterzeichnet worden.

Im Mai 1993 hat eine chinesische Militärdelegation den südlichen Nachbarn besucht (XNA, 14.5.93). Am 25. November 1993 wurde in Kunming ein laotisches Generalkonsulat eröffnet (XNA, 26.11.93). Beide Seiten vereinbarten überdies, bei der Überprüfung

von Reisen an ihre gemeinsame Grenze künftig verstärkt zusammenzuarbeiten (RV in SWB, 13.8.93).

China ist neben Thailand Hauptinteressent am Bau einer Durchgangsstraße durch Laos. Diese Strecke wäre eines Tages auch Teil des Asian Highway von Singapur bis hinauf ins chinesische Kunming. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß zuerst die von Australien gebaute "Freundschaftsbrücke" zwischen Vientiane und Nordthailand fertiggestellt wird.

Laos sieht dem Ausbau des Straßennetzes mit gemischten Gefühlen entgegen:

Einerseits hat es die Chance, zu einer Art Österreich oder Schweiz Asiens zu werden, wo sich Nord und Süd begegnen; andererseits könnte es aber im schlimmsten Fall auch von den "Elefanten" zertrampelt werden. Seine Führung wird auf der Hut sein müssen, darauf zu achten, daß sich möglichst die erstere Option durchsetzt. -we

---

## Innenpolitik

---

\*(7)

### Aufrufe zur Verstärkung der Propaganda-Arbeit und die Identitätskrise der Kommunistischen Partei

Nachdem die Wirtschaftspolitik im Jahre 1993 den größten Teil der politischen Energie beansprucht hatte, richtete die Beijinger Führung auf einer Nationalen Konferenz zur Propaganda- und Medien-Arbeit (24.-29. Januar) den Blick auf die ideologisch-politischen Folgen des Übergangs zur "Sozialistischen Marktwirtschaft". Hauptredner auf der Konferenz waren Partei- und Staatschef Jiang Zemin, Premier Li Peng, Vizepremier Zhu Rongji sowie Ding Guan'gen, der Direktor der Propaganda-Abteilung des ZK. Anwesend waren die Spitzen sämtlicher zentraler und regionaler Propaganda-Abteilungen.

Noch vor Eröffnung der Konferenz hatte die *Volkszeitung* in einem Artikel mit der Überschrift "Drei große Probleme beim Aufbau der geistigen Zivilisation unter einer Marktwirt-

schaft" Stellungnahmen Deng Xiaopings zu Fragen des "ideologischen und kulturellen Aufbaus" zusammengefaßt. Fortschritt in diesem Bereich drücke sich in der Heranbildung einer neuen Generation aus, die hohe Ideale, moralische Integrität, eine gute Ausbildung und einen starken Sinn für Disziplin besitze. Patriotismus und Loyalität gegenüber der von der Kommunistischen Partei geführten Regierung seien von grundlegender Bedeutung für die nationale Entwicklung und müßten entschieden propagiert werden. Der Übergang zur Marktwirtschaft, die Errichtung eines Rechtssystems und die Förderung des ideologischen und kulturellen Fortschritts würden gleichzeitig in Angriff genommen; dies stelle hohe Anforderungen an das politische und soziale System. (RMRB, 21.1.94)

In seiner Grundsatzrede auf der Nationalen Konferenz zur Propaganda-Arbeit bekräftigte Partei- und Staatschef Jiang Zemin, daß die politische Kontrolle von kulturellem Leben und Massenmedien für eine gesunde geistig-zivilisatorische Entwicklung in China unverzichtbar sei. Die Führungsrolle der Partei in diesen Bereichen müsse gestärkt werden. (RMRB, 25.1.94)

Auch ZK-Propagandachef Ding Guan'gen trat dafür ein, das "Makro-Management" im Kultur- und Medien-sektor zu verbessern. Die Abhaltung der Konferenz zu diesem Zeitpunkt demonstrierte, daß das ZK dem kulturell-ideologischen Fortschritt unverändert gleiche Bedeutung wie dem materiellen Fortschritt beimesse. Ziel der Konferenz sei es, die ganze Partei dafür zu mobilisieren, eine starke "ideologische Garantie" (*sixiang baozheng*) und ein günstiges "Meinungsumfeld" für die Reformen zu schaffen. (RMRB, 30.1.94)

Tatsächlich gibt es Anzeichen für eine Verstärkung der politischen Kontrolle über Kultur und Medien. Ein Beamter der Staatlichen Presse- und Publikationsverwaltung, die zuständig für Zensurmaßnahmen ist, kündigte Inspektionen und Restriktionen gegenüber den in den letzten Jahren sprunghaft vermehrten kommerziellen Publikationen an (SCMP, 26.1.94). In der Provinz Guangdong sollen bereits fünf Zeitungen und vier Magazine diszipliniert worden sein, darunter so populäre wie *Nanfang Zhoumo* (Südliches

Wochenende), eine Tochter des Organs des Provinzparteikomitees *Nanfang Ribao* (vgl. *Ming Bao*, 15.1.94, nach SWB, 20.1.). Nach Informationen der internationalen Journalistenorganisation "Reporter ohne Grenzen", die sich für die weltweite Pressefreiheit einsetzt, sollen zur Zeit mindestens 21 chinesische Journalisten wegen politischer Abweichungen im Gefängnis sitzen. (*Le Monde*, 26.1.94)

Während Li Peng in seiner Rede auf der Konferenz zur Propaganda-Arbeit kontroverse Aussagen vermied und sich fast ausschließlich mit der wirtschaftlichen und außenpolitischen Lage beschäftigte, betonte Zhu Rongji, daß die Partei mit dem XIV. Parteitag 1992 die "gedanklichen Fesseln" einer Zeit abgeworfen habe, als man über den kapitalistischen oder sozialistischen Charakter von Reformmaßnahmen streiten mußte. Nun erst sei es möglich, "ohne Befürchtungen und Beschränkungen" ein in die Zukunft gerichtetes Reformprogramm zu formulieren. (RMRB, 29.1.94)

Weder in Artikeln noch in den Reden zur Propaganda-Arbeit wurden konkrete inhaltliche Richtlinien für die ideologische Neuorientierung der Partei in einer Zeit des wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs ausgegeben. Eine wachsende Verunsicherung konstatiert die Monatsschrift "Arbeitsstil der Partei" (*Dang de Zuofeng*, zit.n. SCMP, 27.1.94), die im Januar vor dem Verlust der politischen Identität der Kommunistischen Partei warnte: Die Partei sei im Begriff, ihre Rolle als moralisches Gewissen der chinesischen Nation zu verlieren. Teile der Parteiorganisation vernachlässigten die "geistige und ideologische Führung" und reagierten auf den gesellschaftlichen Wandel nur noch mit administrativer Routine. Eine ähnliche Einschätzung klang in einer Artikelserie der *Volkszeitung* an. (RMRB, 4./6./8.1.94)

Solche Beschreibungen des inneren Zustands der Partei offenbaren, daß viele der rund 52 Mio. Parteimitglieder kaum noch begreifen, wofür die Kommunistische Partei unter den Bedingungen einer "Sozialistischen Marktwirtschaft" steht. Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen sind zu Anachronismen geworden; Deng Xiaopings "Theorie" des Sozialismus chinesischer Prägung ist so bruchstückhaft, daß sie auch dem loyalsten Parteimitglied kaum als Orientierungshilfe und Handlungsanleitung dienen kann. -hei-